

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 105 (2011)
Heft: 9

Artikel: Wahlen in der Schweiz
Autor: Stocker, Monika / Lang, Jo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390276>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jo Lang und Monika Stocker

Wahlen in der Schweiz

Die Gesamterneuerungswahlen im eidgenössischen Parlament stehen vor der Tür. Seit Monaten – so scheint es – wird Position bezogen, gekämpft, einander bekämpft und Slogans «zieren» unsere Dörfer und Städte. Wie sieht Jo Lang – Nationalrat in der Fraktion der Grünen – den Wahlkampf 2011 und wie schätzt er die aktuelle Lage ein. Monika Stocker fragte nach.

1. Wir haben Krieg in vielen Ländern, Menschen, Völker sind in Aufruhr und im Aufbruch. Wir haben Naturkatastrophen und spüren, wie wenig wir Menschen die Grosstechnologie beherrschen. Wir haben Flüchtlingsbewegungen von einem armen Land in ein anderes und die reichen Länder sind in Panik vor den Fremden. Länder verarmen unter der Schuldenlast. Und die Schweiz hat Wahlkampf. Wie beurteilen Sie diesen Wahlkampf 2011?

Ein Wirtschaftssystem, das den Profit, zu allem noch den kurzfristigen, über den Menschen stellt, zeigt seine zerstörerische Kraft wie nie mehr seit dem Faschismus. Damit soll nicht die Gefahr des Faschismus an die Wand gemalt werden. Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit haben an vielen Orten als Realität und praktisch überall als Normen heute ein ganz anderes Gewicht, als sie nach der Gewaltorgie des Ersten Weltkriegs hatten. Die Barbarei droht heute weniger durch faschistisch-militaristische Horden, als durch die Unwägbarkeiten des Systems

selber. Die Klimaerwärmung mit ihren dramatischen Folgen (Dürren und Überschwemmungen, die vor allem die Ärmsten und Unschuldigsten treffen), Atom-, Öl- und Chemiekatastrophen, Zunahme des Hungers in einer Welt, die wirtschaftstechnisch gesehen problemlos alle Menschen ernähren könnte, riesigen Schuldenlasten, die zu Sozial- und Bildungsabbau führen, ein immer schneller wachsendes Gefälle zwischen arm und reich. Nicht zu vergessen die modernen Kolonialkriege, die für alle Beteiligten, Irak und USA, Afghanistan und Westen, im Desaster enden.

Gegen all diese Erscheinungen wächst fast überall der Widerstand. Allerdings sind dessen Inhalte und Formen viel unterschiedlicher und diffuser als beispielsweise 1968 oder 1943 oder 1918. Die heutigen sozialen Bewegungen erinnern in vielem an die Zeit vor dem Aufstieg der modernen Arbeiterbewegung ab den 1880er Jahren in Europa, etwas später in den USA, wo beispielsweise die Anarchisten noch eine wichtige Rolle spielten. Was kürzlich in England passierte, lässt sich bei Jack London nachlesen. Was in der arabischen Welt abgeht, vereinigt 1989 mit 1968. Chile und Spanien weisen am ehesten auf etwas Neues hin. In Israel hat die Bewegung nur dann eine Zukunft, wenn sich die Beteiligten dessen bewusst werden, was Karl Marx der britischen Arbeiterbewegung unter Hinweis auf Irland gesagt hat: «Ein Volk, das ein anderes unterdrückt, kann nicht frei sein.» Vergessen wir nicht: 1968 spielten in Frankreich nur jene Linken eine tragende Rolle, die sich zuvor mit Algerien solidarisiert hatten.

Strukturell-objektiv gesehen scheint sich die Schweiz diesen globalen Problemen und Entwicklungen weitgehend zu entziehen. Am stärksten wirken der hohe Frankenkurs wegen den Schuldenkrisen in den USA und in der EU, die Atomgefahr und die Klimaerwärmung aufgrund der besonderen Verletzlichkeit der Berg- und Talgebiete. Dass die Stimmung viel schlechter ist als die wirtschaftliche Situation, ist ein Zeichen dafür, dass sich die Schweizerinnen und Schweizer sehr wohl bewusst oder unterbewusst sind, dass niemand eine Insel ist. Das helvetische Para-

dox besteht darin, dass sowohl die Tatsache, dass die Wirtschaft sich als stärker erwiesen hat als andernorts und die Einsicht, dass dies wegen den Abhängigkeiten sehr relativ ist, den nationalistischen Rückzug bestärkt. Diese nationalkonservative Grundwelle, auf der zusätzlich zur SVP auch die FDP und die CVP schwimmen, wird gekontert durch ökologische Probleme, die sich nur international verstehen und beantworten lassen und durch das Faktum, dass die soziale Ungleichheit ein ebenso nationaler wie globaler Skandal ist.

2.«Schweizer wählen SVP»/«Aus Liebe zur Schweiz FdP»/«Erfolg, Schweiz, CVP» ... – die bürgerlichen Parteien schmücken ihren Slogan mit «Swissness»; wie ist diese Welle zu werten?

Die politische «Swissness»-Welle ist der Versuch, aus der nationalistischen Regression von Teilen der Bevölkerung, insbesondere von Unterschichten aus Dörfern und Agglomerationen, elektorales Kapital zu schlagen. Die Linke muss sich vor zwei Gefahren, einer grösseren und einer kleineren, hüten. Die grosse Gefahr besteht darin, dass Linke an den Nationalismus und dessen Grundgehalt, die Ausländer- und Muslimfeindlichkeit, Konzessionen machen.

Das passierte beispielsweise nach der Annahme des Minarettverbots, als plötzlich auch Linke das Hauptproblem bei Muslimen und nicht bei den Muslimfeinden sahen. Stellen wir uns vor, Linke und Liberale hätten 1893 nach der Annahme des antisemitischen Schächtverbots ein Judenpapier oder 1970 nach der Schwarzenbach-Abstimmung eine Italo-Charta ausgebrütet? Die kleinere Gefahr besteht darin, dass sich Linke in einen abstrakten Internationalismus flüchten, der die sozialen, demokratischen und ökologischen sowie friedenspolitischen Errungenschaften unseres Landes klein redet oder in Frage stellt. So ist es richtig und wichtig, die Personenfreizügigkeit verbindlich zu begleiten mit flankierenden Massnahmen, und zwar mit viel zahlreicheren und schärferen, als wir sie heute haben. So ist es eine Dummheit, einer Welt, in der es ohnehin

zu viele Soldaten und Waffen hat, auch noch bewaffnete Schweizer Soldaten zu beschern und dies universalistisch zu legitimieren.

Die Schweizer Linke, insbesondere die drei stärksten Faktoren, die Sozialdemokratie, die Grünen und die Gewerkschaften, müssen auf die politische Swissness kontern mit einer Kombination von sozialen, ökologischen und liberaldemokratischen Forderungen, welche über die Landesgrenzen hinaus weisen. Der folkloristischen «Swissness» aber habe ich als Abkömmling eines Schwinger- und Ringer-Clans schon angehört, als viele der heutigen Fans vor dem Sägemehl noch hochnäsiger hüstelten.

3. Über das Ergebnis wird spekuliert. Die Zusammensetzung der Regierung, die Regierungsform gar seien gefährdet. Ganz neue Kräfte seien im Aufbruch. Wagen Sie eine Prognose und wie sieht die aus?

Sollte die FDP so viele Stimmen verlieren, wie allenthalben prophezeit wird, sollte die SVP leicht verlieren, die SP sich halten können und die Grünen mindestens ein Prozent zulegen, dann ist die offizielle Formel der Grünen 2 + 1 eine glaubwürdige Option. Auf keinen Fall dürfen die Grünen versuchen, auf Kosten der SP in den Bundesrat zu gelangen. Selbst dann nicht, wenn die SP auf 18 Prozent fällt und die Grünen auf 12 Prozent kommen. Auf Kosten der SP kommen die Grünen nur dank den Bürgerlichen in den Bundesrat. Dann aber wären wir Gefangene der Rechten. Das würde auch völlig der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit widersprechen. Es ist nun mal so, dass es in diesem Land zwei Grundblöcke gibt, denen gut 30 Prozent relativ geeinigte Linke und knapp 60 Prozent stark gespaltene Bürgerliche angehören und die um die verbleibenden zehn Prozent kämpfen. Dabei lautet, wie die SVP in den letzten drei Jahrzehnten bewiesen hat, das Erfolgsgeheimnis im leicht abgewandelten Danton-Spruch: Profil! Profil! Profil! Und, wie wir heute weltweit vorgeführt bekommen: Bewegung! Basisarbeit! Unterschriftensammeln. ●